

Liebe Freunde der Freien Wähler in der Region Stuttgart, sehr geehrte Damen und Herren,

in diesen Wochen finden in vielen Kommunen und Landkreisen die Haushaltsberatungen statt. Auch beim Verband Region Stuttgart war die Generaldebatte über den Etat und es wurden – sage und schreibe – 91 Anträge eingebracht. Masse statt Klasse ist der vorherrschende Eindruck, wenn man einen ersten Blick auf den Antragsstapel wirft. Offensichtlich ist den Parteifraktionen daran gelegen, möglichst viele Themen öffentlichkeitswirksam zu besetzen, unabhängig davon, ob sie den Haushalt oder die Aufgabenstellung der Region überhaupt betreffen.

Die Fraktion Freie Wähler hat sich auf 5 Anträge beschränkt, die sich ganz konkret mit aktuellen Themenstellungen auseinandersetzen. Im Einzelnen gehen wir darauf unter der Überschrift „Haushalt der Region 2017“ ein.

Überschattet werden die Beratungen in allen Kommunen durch die Androhung der Grün-Schwarzen Landesregierung, der kommunalen Finanzmasse weitere 300 Mio. € zu entnehmen. Statt der versprochenen Reduzierung nun eine Verschärfung. Gleichzeitig werden den Kommunen immer mehr Leistungen aufgebürdet, etwa im Zusammenhang mit der Integration von Flüchtlingen.

Das Land bekommt durch den neuen Finanzausgleich rd. 1 Milliarde pro Jahr mehr und hat genügend „auf der hohen Kante“. Trotzdem greift man den Gemeinden in die Tasche und verzichtet gleichzeitig in so guten Zeiten darauf, mit dem Schuldenabbau ernst zu machen.

Die Städte und Gemeinden müssen sich vor Ort den Anliegen – und oft auch den Protesten - der Bürgerinnen und Bürger stellen und fühlen sich gleichzeitig vom Land im Stich gelassen.

Für uns Freie Wähler auf allen Ebenen stellt sich eine bürgernahe, dem wirklichen Gemeinwohl dienende, Politik anders dar.

Deshalb gehen wir auch mit unseren Veranstaltungen vor Ort – zuletzt im Rahmen der Regionalkonferenz in Bad Boll – um zu hören, wo der Schuh wirklich drückt. Wir bitten auch darum, dass Sie uns – die Sie in den Gemeinden und Kreisen in der Verantwortung stehen, mit Ihren Anliegen und Sorgen konfrontieren.

Ihre Regionalfraktion

Andreas Hesky, Peter Aichinger, Thomas Bernlöhr, Frank Buß, Wilfried Dölker, Rainer Gessler, Bernhard Maier, Gerd Maisch, Reiner Ruf, Thomas Sprißler, Werner Stöckle, Wilfried Wallbrecht, Johannes Züfle

Der Haushalt der Region 2017 – wenig Rücksicht auf die Finanzlage der Kreise und Kommunen

Fraktion Freie Wähler mit 5 konstruktiven Anträgen - Kritik an Antragsflut der Parteifraktionen

Alle Jahre wieder - die Parteifraktionen im Verband Region Stuttgart überfordern Verwaltung und Gremium mit einer Flut von 86 - teilweise haushaltsfremden - Anträgen. Die Freien Wähler bleiben wie seit Jahren ihrer Linie treu und beschränken sich auf Anträge, die sich konstruktiv mit aktuellen Themen befassen. Ihre Themen sind fehlende Gewerbeflächen, Beschleunigung des Breitbandaus-

baus und Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur. Die Haushaltsrede 2017 hielt - in Vertretung des verhinderten Fraktionsvorsitzenden - Regionalrat Oberbürgermeister Gerd Maisch aus Vaihingen.

Zunächst die von der Fraktion eingebrachten Anträge:

[Antrag 1 - VVS-Vollintegration des Landkreises Göppingen](#)

[Antrag 2 - Regionalisierungsmittel](#)

[Antrag 3 - Tangentiallinie der S-Bahn ins Neckartal](#)

[Antrag 4 - Ausweisung von Gewerbeflächen](#)

[Antrag 5 - Breitbandausbau](#)

Regionalrat Oberbürgermeister Gerd Maisch, Oberbürgermeister in Vaihingen/Enz, hielt die nachstehend zu lesende Haushaltsrede:



Regionalrat Oberbürgermeister Gerd Maisch

Am 28. September wurde der Haushaltsplan in die Regionalversammlung eingebracht. Nicht nur auf den ersten

Blick erscheint dieser Haushalt wenig spektakulär, er basiert weitgehend auf Beschlüssen in den Gremien, setzt sie um und führt sie fort.

Allgemeine Finanzsituation

Dem Verband geht es zumindest wirtschaftlich gut! Kein Wunder. Er kann sich das Geld, das er braucht, von anderen holen. Gleichzeitig plant er für sich äußerst vorsichtig, was bedeutet man holt sich lieber ein wenig mehr - wie alle umlagefinanzierten Körperschaften! Gingen wir vor einem Jahr davon aus, dass wir mit liquiden Mitteln in Höhe von 73 Millionen Euro ins Jahr 2016 starten, waren es dann tatsächlich 110 Millionen.

Im vorliegenden Haushaltsplan rechnet die Verwaltung mit einem Stand der liquiden Mittel zum Jahresbeginn 2017 in Höhe von rund 58 Millionen, ich bin sicher, es werden wieder mehr sein! Denn wie in jedem Jahr sind z.B. die Fahrgeldeinnahmen viel zu niedrig kalkuliert und nicht alle geplanten Maßnahmen werden ausgabewirksam umgesetzt sein.

ÖPNV und Straßeninfrastruktur

Trotzdem soll die Verkehrsumlage um fast 5 Millionen steigen! Wir fordern auch heute, darüber nachzudenken, ob das wirklich notwendig ist, auch wenn für die Landkreise und Kommunen die Finanzierung darstellbar ist. Denn die kommunale Familie hat enorme Aufgaben zu erledigen, die auch jeden Euro benötigen. Warum also Gelder horten, um sie auf die hohe Kante zu legen? Uns ist schon klar, dass man auf Verbandsseite alles unternimmt, sich ein Polster anzulegen.

Natürlich sind auch wir für Angebotsverbesserungen im ÖPNV. Aber man kann sie erst dann umsetzen, wenn technische Machbarkeit und Finanzierung geklärt sind.

Und das ist trotz des mit großem Jubel in die Regionalversammlung beschlossenen ganztägigen 15-Minuten Takt eben gerade nicht der Fall.

Mit unserem Antrag wollen wir geklärt haben, ob mittlerweile eine verbindliche Zusage des Landes auf einen höheren Anteil an den Regionalisierungsmitteln vorliegt. Nirgendwo anders in Baden-Württemberg finanzieren die Kommunen so viel am ÖPNV wie in der Region Stuttgart. Es wird immer wieder versucht, den Eindruck zu erwecken, zusätzliche Regionalisierungsmittel bekämen wir nur für die Verbesserung des Angebotes.

Nein, meine Damen und Herren, sie kommen, um unsere finanziellen Belastungen zu reduzieren und Preissteigerungen abzufangen. Darum haben wir jahrelang gekämpft. Und was tun wir? Bevor das Geld überhaupt da ist, wird es für neue Maßnahmen verplant!

Der Takt sollte auch funktionieren. Sie wissen, wir haben da unsere Zweifel, Bernhard Maier hat dies in der letzten Sitzung deutlich gemacht.

In unserer dicht besiedelten und wirtschaftsstarke Region ist eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur von entscheidender Bedeutung. Wir wiederholen es immer wieder, in unserer Region können wir nur dann nachhaltig eine Verbesserung erzielen, wenn wir alle Bausteine der Verkehrsinfrastruktur verbessern, also Schiene, Straßen, Wasser- und Radwege!

Dazu gehört auch Ehrlichkeit, Kraft zu Entscheidungen und die Kraft, Entscheidungen umzusetzen.

Es gehört zur Ehrlichkeit, dass Stuttgart 21 zwingend nötig ist, genauso wie ETCS, um das System S-Bahn zu stabilisieren! Beides muss kommen, wobei ETCS nach unserer Auffassung von der Bahn finanziert werden muss!

Wir brauchen auch weitere Bahnverbindungen, vor allem Tangentiallinien. Deshalb beantragen wir eine Varianten-

tenuntersuchung für eine S-Bahn Strecke Böblingen – Flughafen ins Neckartal.

Wir müssen unseren Bürgern sagen und erklären, dass auch der Nord-Ost Ring sinnvoll und notwendig ist, genauso wie die Filderauffahrt.

Denn, was sind die Alternativen: Fahrverbote oder City-Maut.

Nein, meine Damen und Herren, arbeiten wir lieber an sinnvollen, leistungsfähigen und wirkungsvollen Infrastrukturprojekten.

Und zwar so schnell wie möglich, denn wir wissen, die Umsetzung solcher Großprojekte dauert lange!

Wir brauchen keinen Dogmatismus, sondern Pragmatismus! Und wir brauchen Geld, deshalb fordern wir das Land auf, endlich wieder zu den alten Fördersätzen im GVFG zurückzukommen. Es ist für uns nach wie vor unverständlich, wie die Grün geführte Landesregierung den Anteil der Kommunen von 25 auf 50% verdoppelt hat und sich selbst aus der Finanzierung zurückzieht.

Wie soll da in größerem Umfang noch ein Ausbau stattfinden?

Zum ÖPNV noch ein Wort und ein Antrag: Wir wollen wissen, wie der Stand der Integration des Landkreises Göppingen in den VVS ist.

Kann der Metropolexpress auf der Filstalstrecke zu einer S-Bahn Verlängerung weiterentwickelt werden?

Siedlungsentwicklung und Gewerbeflächen

Ein weiterer Schwerpunkt in der Region ist die Bereitstellung von Bauland, sowohl für Wohn-, als auch für Gewerbegebiete.

Schon lange haben wir darauf hingewiesen, dass die Flächen im Regionalplan nicht ausreichen. Auch ohne Zuwanderung hätte es nicht gereicht, aber jetzt sind wir in einer absoluten Notlage.

Eine Verbesserung erreichen wir nur im Schulterschluss mit den Kommunen.

Viele von uns sind auch in unterschiedlicher Weise auf der kommunalen Ebene engagiert, jeder erlebt es dort mit, nicht überall sind weitere Wohngebiete willkommen.

In der Vergangenheit wurden die Bebauungsplanverfahren immer aufwändiger. Man muss auf Landesebene die Kraft finden, diese Anforderungen wieder zurückzuschrauben, helfen würde es in jedem Fall!

Allein, bisher hat sich nichts bewegt! Doch, die Immobilienpreise! Und weiter nach oben. Der Markt funktioniert! Geringes Angebot, hohe Nachfrage: Folge: die Preise steigen. Können oder wollen wir akzeptieren, dass sich immer mehr Menschen aus allen Schichten schwer tun, in Stuttgart und der Region eine Wohnung leisten zu können?

Wir wollen das nicht, deshalb müssen wir alle gemeinsam dafür sorgen, dass das Paradigma „Flächeninanspruchnahme ist schlecht“ verändert wird. Denn soziale Spannungen und Benachteiligung der Schwächeren sind noch viel schlechter. Wir brauchen dringend mehr Wohnraum, mit einer sinnvollen Dichte und an mehr Stellen wie sie der Regionalplan heute zulässt.

Mit der IBA werden wir sicherlich viele Denkanstöße erhalten, und die IBA läuft ab 2017! Also legen wir los!

Gewerbegebiete

Ähnliches gilt für Gewerbeflächen! Herr Dr. Rogg hat aufgezeigt, dass rechnerisch der Bestand an freien Gewerbeflächen nur noch ein halbes Jahr reichen wird.

So zu tun, als wären die Gewerbebrachen von heute auf morgen zu reaktivieren, ist blauäugig. Den Bedarf werden wir nur befriedigen, wenn wir für

unsere Gewerbebetriebe neue Flächen ausweisen.

Wir beantragen deshalb die Fortschreibung des Regionalplans, um weitere Gewerbeflächen zu ermöglichen – und zwar dort wo man sie braucht.

Wichtig sind Gebiete an den Entwicklungsachsen, wir wollen aber auch den übrigen Kommunen Entwicklungschancen geben.

Auch da wissen wir, dass wir nicht überall und bei allen Kommunen offene Türen einrennen. Wir wissen aber auch, dass wir nur erfolgreich bleiben können, wenn unsere Betriebe die Möglichkeit zur Entwicklung haben und neue Unternehmen sich ansiedeln können. Neue Technologien kommen, wir wollen in der Region weiterhin vorne sein! Mit Stillstand geht das nicht!

Deshalb ist im Rahmen der Fortschreibung mit den Kommunen zu klären, was notwendig ist, um die Akzeptanz zu erreichen.

Der intensive und konstruktive Dialog ist wichtig. An der Basis weiß man genau, wo der Schuh drückt.

Breitbandausbau

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sowohl für das Wohnen als auch für die Gewerbebetriebe ist schnelles Internet heute von großer Bedeutung! Schon im Koalitionsvertrag der Bundesregierung von 2013 steht der Breitbandausbau als Ziel! Und das macht auch deutlich, wo diese Aufgabe anzusiedeln ist!

Leider hinkt der Breitbandausbau in den dichter besiedelten Regionen hinterher, deshalb ist es richtig, dass sich Region, Landeshauptstadt und Landkreise gemeinsam um den Ausbau kümmern.

Dafür brauchen wir klare Strukturen, um Synergien zu erzielen. Als Freie Wähler sehen wir den Verband Region Stuttgart in erster Linie in einer koordinierenden Funktion!

Bereits in der Vergangenheit erfolgte an manchen Orten der Ausbau ohne regionale Unterstützung! Wir lehnen daher eine Umlagefinanzierung des Ausbaus ab.

Breitbandinfrastruktur gibt es nicht zum Nulltarif! Die Nutzer müssen dieses Angebot bezahlen. Wir wollen sichergestellt wissen, dass keine dauerhaften Subventionen aus dem Steuertopf erfolgen.

Inwieweit Glasfasertechnik entlang der Fernverkehrswege notwendig wird, vermag im Moment niemand zu sagen: Klar ist aber, sollte autonomes Fahren und Verkehrsbeeinflussung in der Zukunft an Bedeutung gewinnen, dann nicht nur in der Region Stuttgart. Eine Insellösung bei uns kann und wird es nicht geben. Natürlich begleiten wir solche Entwicklungen interessiert und wohlwollend, für den Haushalt des Verbandes steht dieses Thema aber sicher nicht zur Debatte!

Fazit

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

mit unseren Anträgen haben wir aufgezeigt, in welchen Bereichen die Region vorrangig tätig werden kann und muss, um sie dort zu halten, wo sie heute spielt, in der Championsleague!

Ausbau der Verkehrsinfrastruktur

Bereitstellung von Bauland für Wohnen und Gewerbe

Begleitung des Ausbaus der Breitbandtechnologie

Wenn wir es schaffen, ganzheitliche Ansätze zu finden, alle Beteiligten mitzunehmen, zu begeistern, zu überzeugen, dass diese Ziele dem Gemeinwohl dienen, wird es uns gelingen, die Region voranzubringen. Konzentrieren wir uns bei unserer Arbeit auf das Wesentliche, auf die Kernaufgaben und die Kernkompetenz des Verbandes Region Stuttgart.

Wirtschaft beklagt Gewerbeflächenmangel in der Region

Ursachen sind vielschichtig - Verband Region Stuttgart steht mit auf der Bremse

Jahrelang sind die Städte und Gemeinden in der Region beim VRS auf große Vorbehalte gestoßen, wenn sie größere Gewerbeflächen ausweisen wollten. Stets wurde auf die angebliche großen Reserven verwiesen und vor allem kleinere Kommunen außerhalb der Siedlungsschwerpunkte wurden reserviert behandelt. Jetzt schlägt die Wirtschaft Alarm, weil die angeblich so großzügigen Reserven dahingeschmolzen sind wie Butter an der Sonne. Nach Erhebungen der Wirtschaftsregion (WRS) sind von 650 ha Gewerbebauland im Jahre 2000 von rd. 93 ha verblieben. Die entstandene Verknappung treibt letztlich auch die Preise hoch.

Im Gegensatz zur Vergangenheit hat sich das "Klima" für Gewerbeflächenausweisungen spürbar geändert. Allenthalben machen sich Widerstände bleibt, vor allem von Anliegern und aus dem Bereich des privaten und öffentlichen Naturschutzes. Ganz offensichtlich greift das jahrelange Trommelfeuer, nicht zuletzt von der Landesregierung, das Baulandausweisung als "Flächenfraß" geißelte. Als Folge macht sich in den gemeinderätlichen Gremien Zurückhaltung bis Ablehnung breit, wenn Initiativen zur Gewerbeflächenausweisung ergriffen werden sollen. Häufig wird auch auf den fehlenden Bedarfsnachweis verwiesen. Hier wird übersehen, dass die Wirtschaft, entgegen mancher Einschätzung, nicht langfristig plant, sondern häufig spontan Bedarf anmeldet.

Mit ein Grund für das entstandene Defizit ist die Berechnungsmethodik des Verbands Region Stuttgart. Da dort

die Ausweisung von Gewerbeflächen mit denen für Wohngebiete (die vor allem in Gemeinden außerhalb der Achsen äußerst restriktiv behandelt werden) verknüpft wird, stehen häufig keine bzw. keine ausreichend großen Flächen für die Wirtschaft zur Verfügung.

Alle Beteiligten, auch die diejenigen, die sich aus (häufig angeblichen) Landschaftsschutzgründen wehren, sollten nicht übersehen, dass unser Wohlstand und auch die Finanzierung umfangreichen Bildungs- und Sozialkosten auf einer stabilen Wirtschaftsentwicklung fußt. Man darf sich nicht davon blenden lassen, dass wir gegenwärtig in der Region praktisch Vollbeschäftigung haben. Die Zeiten, in denen man über wohnortnahe Gewerbebetriebe froh ist, könnten rascher kommen, als gedacht.

Druck auf die Gemeinden ausüben?

Rein theoretisch könnte die Region die Kommunen per Planungsgebot zur Ausweisung von Gewerbeflächen in Flächennutzungs- und Bebauungsplangebieten verpflichten. Eine stumpfe Waffe, die zudem massiv in die Planungshoheit der Kommunen eingreifen würde. Außerdem gibt es kein Rechtsinstrument, mit dem die Realisierung durchgesetzt werden könnte. Fraktionsvorsitzender Andreas Hesky sieht in solchen Überlegungen "das völlig falsche Signal". Im Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung wurden Wirtschaftsregion und Verbandsverwaltung beauftragt, bis Frühjahr 2017 Handlungsvorschläge zu unterbreiten. Ziel soll es sein, die Verantwortlichen der Region und in den Kommunen "für dieses Zukunftsthema zu sensibilisieren".

Freie-Wähler-Regional-konferenz tagt in Bad Boll

Gastgeber war WALA-Heilmittel GmbH – große Resonanz aus der Region

„Das Wohl unserer Kunden, nicht der Gewinn, stehen für die WALA im Vordergrund“. Dies war die Kernaussage des Geschäftsführers Dr. Philipp Lettmann in seinen einleitenden Worten zur Philosophie seines Unternehmens. „Für uns Freien Wähler sind nicht Parteipolitik, sondern das öffentliche Wohl Grundlage unserer kommunal ausgerichteten Arbeit“, betonte der Vorsitzende der Regionalfraktion, Oberbürgermeister Andreas Hesky, bei der Begrüßung der überaus zahlreich erschienenen Vertreter aus den Orts- und Kreisverbänden in der Region Stuttgart.



Die WALA zeigte sich als glänzender Gastgeber im herbstlich geschmückten Rudolf-Hauschka-Saal. Dr. Lettmann zeichnete eindrucksvoll Firmenphilosophie und Geschichte seines Hauses. Mit und nicht gegen die Natur sollte gelebt und produziert werden. Sein Unternehmen habe eine große Gestaltungsfreiheit, weil es einer von leistungsfähigen Stiftung getragen werde. WALA habe sich trotz schwieriger Bedingungen für die bauliche Erweiterung zum Standort Bad Boll bekannt.

Weil das Unternehmen kontinuierlich wachse errichte man derzeit ein auch

architektonisch anspruchsvolles Laborgebäude am Standort und baue in Zell ein großes Logistikzentrum. Dr. Lettmann betonte den beispielhaften Einsatz beider Kommunen in dieser für die Unternehmensperspektive grundlegenden Frage.

Kernthemen der aktuellen Regionalpolitik

In seinem engagiert vorgetragenen Beitrag stellte Fraktionsvorsitzender Andreas Hesky, Oberbürgermeister aus Waiblingen, die aus Sicht seiner Fraktion wichtigen Kernthemen des regionalen Geschehens heraus. Anhand der Arbeitsschwerpunkte der Fachausschüsse (Planungsausschuss, Verkehrsausschuss, Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung) beschrieb er die aktuellen Handlungsfelder wie Wohn- und Gewerbeflächenbedarf, Ausbau der Verkehrsinfrastruktur (S-Bahn-Netz mit Verlängerung ins Neckartal, Nordostring, B 10, A 8). Hesky brachte klar zum Ausdruck, dass man keinen sinnlosen Flächenverbrauch fordere, aber mehr Flexibilität an gut erschlossenen Standorten, auch wenn sie nicht an den klassischen Entwicklungsachsen liegen. „Für uns Freie Wähler gilt der Grundsatz der Subsidiarität. Aufgaben sollten dort erledigt werden, wo sie entstehen. Eine Hochzonung auf die Region oder das Land kommt für uns nur in Betracht, wenn die Leistungsfähigkeit der örtlichen Ebene überschritten wird. Wir kritisieren auch die zunehmende Regulierungswut der Landesregierung, die sich zum Beispiel beim Wohnungsbau kosten-treibend bemerkbar mache“, verwendete Hesky deutliche Worte. Er beschrieb die Freien Wähler als „treibende kommunale Kraft mit Blick für Notwendigkeit und Realität“.

Gesund und überraschend

Das waren die Schlagworte für den Bad Bollener Bürgermeister Hans-Rudi Bührlé und Landrat Edgar Wolff. Selbstbewusst zeigte Bührlé die Stärken seiner Gemeinde im Gesundheitsbereich und Tourismus heraus. Mit

Stolz verwies er auf die gelungene Standortsicherung für die WALA. Landrat Wolff ging auf die Notwendigkeit ein, zur Sicherung der Entwicklungsperspektiven des Kreises mehr für die Verkehrsinfrastruktur zu tun. Der angekündigte Metropolexpress sei ein wirkungsvoller Ersatz für das für den Kreis zu aufwändige S-Bahn-System. Große Bedeutung gibt Wolff dem weiteren Ausbau des Breitbandnetzes, vor allem für Gewerbegebiete. Mit einem langfristigen Kreisentwicklungskonzept und dem Finanzkonzept 2030 sei der Kreis gut vorbereitet.

Bessere Chancen für die Jugend in Leben und Beruf

„Wir können und müssen mehr für unsere Jugend tun – sie sichert unsere Zukunft“. Das war das Credo von Oberstudienrat Karl-Otto Kaiser in seinem vehement vorgetragenen Beitrag „Bildungsreserven heben“. Er zeigte schonungslos die Schwächen in der Gesellschaft und im Bildungssystem auf. Schon in den Schulen könne mehr Wirtschaftswissen vermittelt werden, das man durch einen „Unternehmensführerschein“ dokumentieren könne. Da die Familie der wichtigste und unersetzliche Erziehungsort sei, müsse man vor allem die Eltern, die Unterstützung bräuchten, die entsprechende Kompetenz vermitteln. Wer sich für die Vorstellungen von Karl-Otto-Kaiser näher interessiert, kann sich unter Karl-Otto.Kaiser@t-online.de an ihn wenden.

Diskussion mit kommunalem Schwerpunkt

Die in der Diskussion aufgeworfenen Fragen befassen sich vorwiegend mit aktuellen kommunalen Themen wie z.B. Wohnflächenbedarf als Folge von Gewerbeansiedlung, Verkehrsprojekte und dem Eingriff in die kommunale Finanzmasse durch die Landesregierung.

Freie Wähler – gute Nachbarschaft wird gepflegt

Regionale und lokale Themenstellungen - fehlende Gewerbeflächen sind ein Alarmsignal

Es ist schon zur Tradition geworden: die Freien Wähler aus den vier benachbarten Städten Kornwestheim, Ludwigsburg, Remseck am Neckar und Waiblingen treffen sich regelmäßig zum Meinungs- und Gedankenaustausch zu kommunalen Themen, welche die Städte gemeinsam betreffen. Diesmal kamen die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker im Haus der Bürger in Remseck-Aldingen zusammen.

Aus einer ganzen Reihe aktueller Themenstellungen für die Städte und Gemeinden hatten die zwanzig Mandatsträger aus den vier Nachbarstädten sich auf einige Schwerpunkte verständigt, darunter die Bereitstellung von Bauland, das bevorstehende Lkw-Durchfahrtsverbot in Remseck, die Remstal-Gartenschau 2019 und die momentan heftig diskutierte Planungen zu einer Stadtbahnverlängerung von Remseck über Ludwigsburg nach Markgröningen.

Kommunalpolitiker aus vier Nachbarstädten - gemeinsame Ziele gemeinsam verfolgen Kommunalpolitiker aus vier Nachbarstädten - gemeinsame Ziele gemeinsam verfolgen Zum erstgenannten Punkt konnte der Waiblinger Oberbürgermeister Andreas Hesky, der auch Vorsitzender der Fraktion der Freien Wähler in der Regionalversammlung ist, mit Informationen aus der Regionalebene aufwarten. Eine aktuelle Gewerbeflächenstudie belegt, dass in der Region Stuttgart das Angebot baureifer Gewerbeflächen von 655 Hektar im Jahr 2000 auf 93 Hektar Mitte 2016 geschrumpft ist. „Das ist ein Alarmsignal in einer Region, deren wirtschaftliches Rückgrat das Gewerbe und die Unternehmen darstellen“ so Hesky. Deshalb

fordern die Freien Wähler mehr Freiheit für die Kommunen bei der Ausweisung von Bauflächen für Gewerbe – mit Konzentration auf produzierende Betriebe – aber auch für den Wohnungsbau. Für ebenso notwendig aber halten die Freien Wähler Anreize für die Kommunen, die bereit sind, Gewerbeflächen bereit zu stellen; das können Maßnahmen für die bessere Verkehrsanbindung an den öffentlichen Personenverkehr und an das Straßennetz sein; aber auch die großzügigere Genehmigung von Wohnbauflächen kann einen solchen Anreiz darstellen.

Einigkeit bestand unter den Kommunalpolitikern der vier Städte aber auch darin, dass bei allem Bedarf an Flächen sehr sorgsam mit den Freiräumen in der Landschaft umgegangen werden muss und deshalb der Zwang zur Verdichtung in bereits bebauten Gebieten besteht. Reinhardt Weiss, der Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler im Ludwigsburger Gemeinderat: „Wir müssen im Wohnbau stärker verdichten und mehr als bisher auch in die Höhe bauen“.

Auf viel Interesse stießen bei den Gästen aus den drei Nachbarstädten die aktuellen Pläne zum Bau eines neuen Rathauses, einer Stadthalle und eventuell einer Mediathek in der Neuen Mitte Remseck, die Erster Bürgermeister Karl-Heinz Balzer, der auch Vorsitzender der Freien Wähler im Kreis Ludwigsburg ist, vorstellte.

Freie Wähler zur Stadtbahn-Verlängerung: Kompromiss ist möglich

Am 12. Oktober konnten sich rund 600 Bürgerinnen und Bürger, darunter viele Kommunalpolitiker aus den Anliegergemeinden, im Reithaus in Ludwigsburg umfassend über die Planungsvarianten einer möglichen Stadtbahnverlängerung von Remseck über Ludwigsburg nach Möglingen und Markgröningen informieren.

Den Anstoß zu dieser Veranstaltung hatte ein Brief der Freien Wähler an

Landrat Dr. Rainer Haas, den Ludwigsburger OB Werner Spec und den SSB-Vorstandssprecher Wolfgang Arnold im Januar dieses Jahres gegeben. Unterzeichnet hatten das Schreiben die Freie Wähler-Fraktionsvorsitzenden im Kreistag und in den Gemeinderäten von Ludwigsburg, Markgröningen, Möglingen und Remseck. Im Rahmen eines interkommunalen Treffens in Remseck am Neckar haben dieser Tage Kreistagsmitglieder sowie Gemeinderäte aus Ludwigsburg, Remseck und Kornwestheim das Thema aufgegriffen und Möglichkeiten für einen Kompromiss ausgelotet.



Noch ist sie eine Vision

Die Ludwigsburger Freien Wähler gehen davon aus, dass bis Ende März 2017 der Gemeinderat der Kreisstadt eine Entscheidung treffen kann. Damit scheint zumindest das Risiko ausgeschlossen, dass die Fördertöpfe in Berlin leer sind, bevor der Landkreis Ludwigsburg und die beteiligten Kommunen einen konkreten Förderantrag stellen können; man rechnet bekanntlich mit einem Bundeszuschuss in Höhe von 80 Prozent.

Der Remsecker Freie Wähler-Fraktionsvorsitzende Gerhard Waldbauer plädierte entschieden für die Verlängerung der SSB-Stadtbahn ab Aldingen-Hornbach über Pattonville nach Ludwigsburg. „Insbesondere für die 7.500 Einwohner von Pattonville brauchen wir dringend eine deutliche Verbesserung des ÖPNV nach Ludwigsburg“ so Waldbauer. Unterstützung bekam er in dieser Argumentation auch von Gabi Walker, seiner Kollegin im Gemeinderat von Kornwestheim.

Einig war man sich auch, dass man die baulichen Probleme einer Stadtbahn-Querung am Ludwigsburger Bahnhof vermeiden kann, wenn man eine unterbrochene Trasse akzeptiert, die von Markgröningen kommend im Westen des Bahnhofs, von Remseck kommend am Busbahnhof im Osten endet. „Die große Mehrheit der Fahrgäste aus beiden Richtungen wird Ludwigsburg als Ziel haben“, so die gemeinsame Einschätzung.

„Wir brauchen jetzt schnell Detailplanungen und belastbare Kostenberechnungen für Bau und Betrieb der SSB-Lösung und für das BRT-System“, so der Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler im Ludwigsburger Gemeinderat, Reinhardt Weiss. Gleichzeitig plädierte er dafür, die Niederflur-Variante aus dem Rennen zu nehmen, da sie nach allen vorliegenden Daten für den Raum Ludwigsburg keine wirtschaftlich sinnvolle Alternative sein kann.

„Die Anbindung an die Stadtbahn und die ÖPNV-Erschließung in der Fläche der Stadt Ludwigsburg sollte mit Bussen gelöst werden“, so Weiss weiter. „Auch die Aufteilung der Bau- und Betriebskosten zwischen dem Landkreis und den beteiligten Gemeinden muss vor einem Gemeinderatsbeschluss feststehen“ forderte Kreis- und Gemeinderätin Gabriele Moersch aus Ludwigsburg. Der Remsecker Erste Bürgermeister und Freie Wähler-Kreisrat Karl-Heinz Balzer wies darauf hin, dass es hierfür bewährte Modelle gäbe, in denen beispielsweise die Zahl der Haltestellen und die Zahl der durch die Bahn erschlossenen Einwohner eine Grundlage bilden. Fazit der Freien Wähler aus Ludwigsburg, Remseck und Kornwestheim: Ein Kompromiss ist möglich mit der am Bahnhof Ludwigsburg unterbrochenen SSB-Lösung und der Ergänzung durch Busse im Stadtgebiet Ludwigsburg.

Gute Öffentlichkeitsarbeit ist unverzichtbar

Der Termin der nächsten Kommunalwahl kommt langsam in Sicht. Für uns Freie Wähler, die wir uns nicht an politischen Wahlen beteiligen und auch keine Parteienfinanzierung erhalten, ist es neben der Gewinnung bekannter Persönlichkeit als Kandidaten wichtig, eine aktive Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Dazu gehört heutzutage unverzichtbar eine attraktive und ständig aktuelle Homepage.

Mit dem System „WordPress“ kann die eigene Homepage mühelos und kostenlos gepflegt werden. Lediglich für die Erstanlage entstehen geringe Kosten. Näheres hierzu erfahren Sie über den Landesverband Freie Wähler. Dieser bietet eine Schulung für das WordPress-Verfahren an. Zu den Einzelheiten bitte hier klicken:

[Ausschreibung](#)
[Anmeldung](#)

Als Beispiel für gut gepflegte Internetauftritte können Sie sich ansehen:

www.remseck.freiewaehler.de/
www.esslingen.freiewaehler.de
www.regionalfraktion.freiewaehler.de

V.i.S.d.P.
Alfred Bachofer
Paul-Gerhardt-Straße 31
72622 Nürtingen
07022 470 909
alfred@bachoferonline.de